

Du 1948 Präsident der Deutschen Justizverwaltung und mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik Minister der Justiz. Nach der Entfernung der reaktionären, faschistischen Kräfte im Staatsapparat galt es, eine wirklich demokratische Justiz zu schaffen. Du hast es verstanden, Arbeiter, Bauern und fortschrittliche Intellektuelle der Justiz zuzuführen. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte ist die bürgerliche Klassenjustiz durch eine fortschrittliche demokratische Rechtsprechung abgelöst worden. Der weiteren Verbesserung des Justizapparates widmetest Du als Justizminister Deine besondere Aufmerksamkeit. Die Ausbildung des juristischen Nachwuchses war nach dem Zusammenbruch ein schwieriges Problem. Deinem unermüdlichen Einsatz und Deinem Glauben an die Kraft der Arbeiterklasse ist es zu ver-

danken, daß die Justiz heute das ist, was die Werktätigen von ihr erwarten: ein Instrument, das die Feinde unseres friedlichen Aufbaus bestraft und die Rechte der Bürger schützt.

Wir wünschen Dir weitere Erfolge in der Arbeit für die große Sache des Kampfes um ein einiges, demokratisches, friedliebendes Deutschland und für die Entwicklung unserer stolzen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu einer Partei neuen Typus, die versteht, die Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin zu verwirklichen.

Zentralkomitee
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands
W. Ulbricht

IVDJ gegen Begnadigung von Kriegsverbrechern

Die Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands hat sich nach den sog. Gnadenentscheidungen des amerikanischen Hochkommissars McCloy und des Oberbefehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General T. Handy, durch die eine Reihe von Nazi- und Kriegsverbrecher ihrer Strafe entzogen worden sind, in einem der NJ 1951 Heft 2 beigefügten „Offenen Brief“ an die demokratischen Juristen Deutschlands und in einem entsprechenden Aufruf an die Juristen der Welt gewandt. Der Eingang dieses Aufrufs bei dem Büro der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen ist Minister Fechner als dem Vorsitzenden der Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands mit folgendem Schreiben des Generalsekretärs der Internationalen Vereinigung, Joe Nordmann, bestätigt worden:

Paris, den 6. April 1951

Herr Präsident!

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang des Aufrufs der IVDJ und der Deutschen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes an die Juristen der Welt zu bestätigen.

Die von diesen beiden Vereinigungen ergriffene bedeutsame Initiative entspricht dem tiefen Empfinden aller dieses Namens würdigen Juristen in allen Ländern. Sie ist geeignet, einen wirksamen Beitrag zur Entfaltung des Kampfes für den Frieden zu leisten, indem sie an diesem Kampf die Juristen aller Anschauungen teilhaben läßt, wie sie auch ein tiefes Echo in den breiten Volksmassen finden muß.

Wir werden Ihren Aufruf allen Gruppen der IVDJ übermitteln mit der Aufforderung, ihm den breitesten Widerhall zu verschaffen.

Wir wenden uns im übrigen an Präsident Truman, an die Regierung Groß-Britanniens und Frankreichs in ihrer Eigenschaft als die Westdeutschland besetzenden Mächte und an das Sekretariat der UN.

Wir schlagen unseren nationalen Gruppen vor, sich an alle Juristen, die Mitglied des Parlaments sind oder

bedeutsame öffentliche Funktionen innehaben, zu wenden und einen Aufruf vermittels der Presse und durch Appell an die Juristen ihrer Länder zu erlassen.

Wir haben Ihren Aufruf an die Mitglieder der Staatsanwaltschaft des Internationalen Gerichtshofes von Nürnberg weitergeleitet mit der Bitte um Stellungnahme.

Wir sind der Ansicht, daß der Aufruf, den Sie als deutsche demokratische Juristen erlassen haben, seine Rückwirkung auch in den Ländern Asiens haben könnte, und wir haben deshalb an die „Chinesische Vereinigung der neuen juristischen Wissenschaft“ geschrieben mit der Bitte, sich unserer Aktion anzuschließen in Anbetracht der zugunsten der japanischen Kriegsverbrecher und der augenblicklich in Asien begangenen Kriegsverbrechen eingeleiteten Maßnahmen.

Ich unterrichte andererseits das Büro unserer Vereinigung über die von Ihnen ergriffene Initiative und gestatte mir, in meinem persönlichen Namen meine wärmsten Glückwünsche und Dankesbezeugungen zum Ausdruck zu bringen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ergebensten Gefühle.

Joe Nordmann

Jeder Deutsche kann heute schon ermessen, daß die Remilitarisierung den Krieg und damit noch größeres Unheil herauf beschwört. Kein Deutscher kann sich daher später entschuldigen: „Ich habe es nicht gewußt“.

Wer sich nicht an der Volksbefragung beteiligt, macht sich mitschuldig an allen Folgen der Remilitarisierung.

Aus dem Aufruf des Hauptausschusses für Volksbefragung